



Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie

34. Sitzung (öffentlich)

15. August 2007

Düsseldorf - Haus des Landtags

10:30 Uhr bis 13:15 Uhr

Vorsitz: Franz Josef Knieps (CDU)

Protokollerstellung: Uwe Scheidel

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:	Seite
1 Stand der Kohlegespräche	5
Dem Bericht der Landesregierung durch Ministerin Christa Thoben (MWME) schließt sich eine Aussprache an.	
2 Finanzhilfen für die deutsche Steinkohle	14
Vorlage 14/1197	
Der Ausschuss erteilt ohne weitere Aussprache gemäß § 24 Abs. 1 des Haushaltsgesetzes 2007 – wie in Vorlage 14/1197 dargestellt – seine Zustimmung mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD gegen das Votum der Grünen-Fraktion.	
3 Übernahme kommunaler Aktien der RWE AG durch die NRW.BANK	15
Vorlage 14/1200	
Der Ausschuss diskutiert über die Vorlage 14/1200 der Landesregierung.	

4 Gefährdungsanalyse NRW – Stand der Katastrophenvorsorge für die überflutungsbedrohten Bergsenkungsgebiete am Niederrhein 17

Vorlage 14/971

Für die Landesregierung erstattet Ministerialdirigent Düren (Innenministerium) einen Bericht, dem sich eine Aussprache anschließt. Das Thema soll nach ausreichender Gelegenheit des Studiums der Vorlage der Landesregierung erneut auf die Tagesordnung gesetzt werden.

5 Eckpunkte des neuen Landesentwicklungsplans 21

Vorlage 14/1198

Der Ausschuss erörtert die Vorlage der Landesregierung.

6 Gesetz zur Änderung und Ergänzung wasserverbandsrechtlicher Vorschriften 23

Gesetzentwurf

der Fraktion der CDU und

der Fraktion der FDP

Drucksache 14/3846 – Neudruck

Ausschussprotokoll 14/430

Stellungnahmen siehe Ausschussprotokoll

Der Gesetzentwurf der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/3846 – Neudruck - wird nach kurzer Aussprache mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

7 Hilfe für die Geschädigten des Orkans „Kyrill“ 24

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/4014 – Neudruck

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4088

Vorlage 14/1174

Der Ausschuss stimmt nach abschließender Beratung wie folgt ab:

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/4014 – Neudruck - wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Der Entschließungsantrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4088 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen abgelehnt.

8 Transparenz schafft Vertrauen 28

Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie erfordert konsequente Vorbereitung und Folgekostenabschätzung

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4249

Nach abschließender Beratung stimmt der Ausschuss wie folgt ab:

Der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/4249 wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum der SPD-Fraktion bei Enthaltung durch die Grünen-Fraktion abgelehnt.

Seite

9 Meistergründungsprämie 2007

30

Vorlage 14/1199

Der Ausschuss erörtert das Thema „Meistergründungsprämie 2007“.

10 Aktueller Sachstand zum Beteiligungsfinanzierungsgesetz

32

Der Ausschuss nimmt einen Bericht durch Ministerin Christa Thoben (MWME) entgegen. Der Bericht ist diesem Ausschussprotokoll als Anlage beigefügt. Weitere schriftliche Informationen sagt das Ministerium zu.

11 Verschiedenes

a) Rahmenvereinbarung über die Zusammenarbeit in der Außenwirtschaftsförderung

b) Informationsreise nach China

c) Obleuterunde

Zu den Unterpunkten a) bis c) siehe Seite 33 des Diskussionsteils.

6 Gesetz zur Änderung und Ergänzung wasserverbandsrechtlicher Vorschriften

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/3846 – Neudruck
Ausschussprotokoll 14/430

Ausschussvorsitzender Franz-Josef Knieps fasst den bisherigen Beratungsgang zusammen: Der Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP sei durch Beschluss des Plenums vom 8. März 2007 zur Federführung an den Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie zur Mitberatung an den hiesigen Ausschuss sowie den Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform überwiesen worden. Der federführende Ausschuss habe den Gesetzentwurf in einer öffentlichen Anhörung von Sachverständigen behandelt. Das Ergebnis sei in Ausschussprotokoll 14/430 dokumentiert. Der AWME solle heute ein Votum formulieren.

Dem Vorschlag von **Reiner Priggen (GRÜNE)**, den Gesetzentwurf ohne Votum des AWME in den federführenden Ausschuss weiterzuleiten, hält **Christian Weisbrich (CDU)** entgegen, der hiesige Ausschuss solle durchaus ein Votum fassen. Im Mittelpunkt des Interesses aus wirtschaftspolitischer Sicht stehe die Zielsetzung der Gleichbehandlung von sondergesetzlichen Wasserverbänden und Privaten. Während die Wasserverbände am Status quo festhalten wollten, habe die Koalition eine Gesetzesänderung vorgelegt. Der Gesetzentwurf stelle sicher, dass ohne eine Genehmigung durch die Landesregierung Wasserverbände keinen Zugriff auf kommunale Abwasseranlagen hätten. Die völlige Optionsfreiheit in Bezug auf den Betreiber solle im Landeswassergesetz im Lauf der Zeit umgesetzt werden.

Ein Votum des AWME sei wichtig, unterstützt **Dietmar Brockes (FDP)** seinen Vorredner. Eindeutige Wettbewerbsvorteile zugunsten der Wasserverbände dürften nicht entstehen.

Einziges Ziel des Gesetzes, moniert **Svenja Schulze (SPD)**, sei es, den Handlungsspielraum der Kommunen einzuschränken. In Zukunft hätten die Kommunen nicht mehr die Möglichkeit, ihr Netz an Wasserverbände zu übergeben. Die Landesregierung und die sie tragende Koalition blieben ihrem Credo „Privat vor Staat“ treu und wollten neue Geschäftsfelder für ihnen nahestehende Branchen eröffnen. Die SPD-Fraktion werde den Gesetzentwurf ablehnen.

Der **Gesetzentwurf** der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/3846 – Neudruck – wird mit Stimmenmehrheit von CDU und FDP gegen das Votum von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **angenommen**.

